



Protokoll Nr. 43

Sitzung von Donnerstag, 23. Oktober 1997, 15.45 Uhr im Grossratssaal im Rathaus

Vorsitzender:

Präsident: Martin Frick

Anwesend:

Ernst Aebersold
Silvia Aepli
Raymond Anliker
Thomas Balmer
Oskar Balsiger
Sven Baumann
Adrian Berthoud
Arnold Bertschy
Markus Blatter
Konrad Bossart
Michael Burkard
Michael Burri
Walter Christen
Marie-Louise Durrer
Marcel Eyer
Marcel Fankhauser
Jean-Daniel Flückiger
Thomas Fuchs
Barbara Geiser
Hans Ulrich Gränicher
Simone Gretler
Adrian Haas
Rolf Häberli

Bernhard Hess
Ursula Hirt
Andreas Hofmann
Urs Jaberg
Alfred Jordi
Michael Jordi
Heinz Junker
Esther Kälin Plézer
Regula Keller
Andreas Krummen
Lilo Lauterburg
Annemarie Lehmann
Leslie Lehmann
Peter Linder
Liselotte Lüscher
Nico Lutz
Edith Madl Kubik
Irène Marti Anliker
Kurt Mäusli
Elsi Meyer
Christoph Müller
Edith Olibet
Ruth Rauch

Hans Peter Riesen
Heinz Rub
Ursula Rudin-Vonwil
Kurt Rüeegsegger
Annemarie Sancar
Beat Schori
Rudolph Schweizer
Peter Sigerist
Franco Sommaruga
Barbara Spörri
Sylvia Spring Hunziker
Ernst Stauffer
Ueli Stückelberger
Béatrice Stucki
Margrit Stucki-Mäder
Peter Stucki
Hans-Ulrich Suter
Katharina Suter
Luzius Theiler
Eva von Ballmoos
Kurt W. Weyermann
Hansjörg Wittwen
René Zimmermann

Entschuldigt:

Peter Blaser
Heidi Flückiger Ehrenzeller
Stephan Hügli
Edith Lörtscher

Anton Maillard
Heinz Megert
Barbara Mühlheim
Maria Regli Schmucki

Erika Siegenthaler
Christoph Stalder

Vertretung des Gemeinderats:

Stadtpräsident Klaus Baumgartner
Ursula Begert
Therese Frösch
Adrian Guggisberg
Alfred Neukomm
Claudia Omar
Kurt Wasserfallen

Ordentliches Traktandum

Fortsetzung der Beratungen der ersten Nachmittagssitzung.

Teilrevision der Gemeindeordnung der Stadt Bern; 1. Lesung Fortsetzung der Detailberatung

Artikel 13, Fortsetzung

Beschluss

Der Stadtrat stimmt dem Ergänzungsantrag Ursula Rudin mit 29 : 26 Stimmen zu. Die Ergänzung des bereinigten Artikels lautet nun: "... Sie führt einen eigenen Gesundheitsdienst und sorgt für Spitexdienste."

Artikel 13a Förderung der politischen Meinungsbildung

Fassung Spezialkommission:

1 Die Stadt unterstützt die Unabhängigkeit und Vielfalt der Information.

2 Sie unterstützt die Mitwirkung der politischen Parteien bei der Meinungs- und Willensbildung

3 Sie richtet den im Stadtrat vertretenen Parteien nach Massgabe des Reglements über die politischen Rechte Beiträge aus.

Antrag Theiler:

4 (neu) Sie sorgt dafür, dass alle wichtigen Grundlagen zur Meinungsbildung wie Protokolle der Räte und die städtischen Rechtsgrundlagen der Öffentlichkeit unentgeltlich und leicht zugänglich sind.

Antrag SVP:

Gegen die Aufnahme des Artikels.

Antrag Ueli Stückelberger (GFL):

Zusammenfassung der Absätze 1 und 2: Die Stadt unterstützt die Mitwirkung der politischen Parteien bei der Meinungs- und Willensbildung.

Der Stadtratspräsident *Martin Frick* schlägt vor, die Diskussion zu unterteilen, weil die verschiedenen Absätze thematisch sehr unterschiedlich sind. Zuerst wird über die neuen Absätze 1 und 2 befunden und anschliessend über die Absätze 3 und 4.

Absatz 1 und 2

Ueli Stückelberger (GFL) erklärt, dass sein Antrag die Absätze 1 und 2 zusammenfasst. Ueli Stückelberger kann mit Absatz 1, so wie er von der Spezialkommission formuliert wurde, nicht viel anfangen. Er weiss nicht genau, was damit gemeint ist, ob es sich um die Presseförderung handelt; damit wäre aber ja die Presse nicht mehr unabhängig, der Absatz wäre damit falsch. Wie kann die Stadt Information unterstützen? Wenn nur gemeint ist, dass die politischen Parteien unterstützt werden sollen, dann reicht es auch, dass man den Text so formuliert, wie dies Ueli Stückelberger gemacht hat: "Die Stadt unterstützt die Mitwirkung der politischen Parteien bei der Meinungs- und Willensbildung." Wenn etwas anderes damit gemeint ist, die Pressefreiheit, die Informationspolitik der Stadt, dann ist dies der falsche Artikel dafür. Dies müsste in einem separaten Artikel geregelt werden. Deshalb beantragt Ueli Stückelberger, die zwei Artikel zusammenzufassen.

Hans Ulrich Suter (FDP) erklärt, dass die FDP-Fraktion den Zusatzartikel mit den beiden Absätzen, die jetzt zur Diskussion stehen, als unnötig ansieht. Der Zusatzantrag ist im wesentlichen bereits in einer übergeordneten Gesetzgebung enthalten. Die Berner Kantonsverfassung sieht nämlich unter

Artikel 46 vor, dass der Kanton die Unabhängigkeit und die Vielfalt der Informationen unterstützt. In dem nur wenig später erlassenen Kantonalen Gesetz über die Information der Bevölkerung vom 2. November 1993 sind die Anliegen der Spezialkommission weitgehend enthalten. Es werden die Grundsätze und das Verfahren zur Information der Bevölkerung und die Tätigkeit der Behörden geregelt. Der Geltungsbereich umfasst alle Behörden des Kantons und der Gemeinden. Als Behörden werden im Informationsgesetz die Organe der Gemeinden namentlich aufgeführt. Die FDP bittet deshalb, den Antrag der Spezialkommission abzulehnen.

Michael Burkard (JF) möchte sich seinem Vorredner anschliessen. Er möchte insbesondere auf den Artikel 103 der GO aufmerksam machen, indem geregelt wird, welche Information der Gemeinderat zu leisten hat. Und genau wie der Vorredner verweist Michael Burri auf die Formulierung aus dem Informationsgesetz, Artikel 16, die er in den Artikel 103 der GO aufgenommen hat. Der pauschale Verweis auf die übergeordnete Gesetzgebung ist gerade im Bereich der Information insofern ungenügend, da die GO ein leser- und leserinnenfreundliches Werk werden soll. Man soll also in einem kurzen Überblick das Nötige erfassen können, die Grundsätze der Information, ohne noch auf übergeordnete Gesetze verwiesen zu werden. Unter Artikel 103 wird also schon geregelt, was der Gemeinderat an Information zu leisten hat, dies ist der richtige Ort dafür. Es wird dort auch geregelt, was gegenüber den Medien für Grundsätze angewandt werden sollen. Man wird noch darüber diskutieren müssen, ob die Einzelheiten in einem Reglement oder einer Verordnung geregelt werden müssen. Es gibt bereits eine Informationsverordnung des Gemeinderats, die aber an das neue Informationsgesetz angepasst werden muss, wenn dies noch nicht geschehen ist, damit Auslegungsschwierigkeiten verhindert werden können.

Edith Olibet (SP) möchte nur zum Absatz 1 des Artikels 13a reden. Die SP-Fraktion wird dem Streichungsantrag des Absatz 1 nicht zustimmen. Die Parteien sind wichtige Meinungsbildner in der politischen Diskussion, aber sicher nicht die einzigen. Das Argument von Michael Burkard, dass Gesetz des Kantons decke das Anliegen bereits ab, sticht nicht. Das Informationsgesetz sagt lediglich aus, dass die Behörden verpflichtet sind, zu informieren.

Michael Burkard (JF) verweist darauf, dass er genau aus diesem Grund den Artikel 103 präzisiert hat, und bittet, diesen zur Kenntnis zu nehmen. Wenn man mit dieser Formulierung einverstanden wäre, könnte man den Antrag hier zurückziehen und damit eine Doppelspurigkeit vermeiden.

Sven Baumann (LdU) erklärt, dass es in der GO-Kommission ziemlich heftige Diskussionen zu diesem Artikel gegeben hat. In einem ersten Gemeinderatsentwurf stand noch: "Die Stadt fördert die politische Meinungsbildung." Dazu fand eine grosse Kommissions-Mehrheit, dies sei eine unglückliche Formulierung, da dadurch der Eindruck entstehen könnte, dass hier der Staat eine gewisse politische Richtung förderte. Insofern wurde der Auftrag gegeben, dies umzuformulieren. Eine starke Kommissions-Mehrheit hat sich letztendlich auf die offene Formulierung des Absatzes 1 einigen können. Absatz 2 findet die LdU sehr wichtig, da die Parteien in den Verfassungen, vielleicht aus historischen Gründen, etwas als Stiefkinder behandelt werden. Die LdU sind der Ansicht, dass die Parteien eine so wichtige Position einnehmen im Meinungsbildungsprozess, dass sie auch ausdrücklich in der GO erwähnt werden müssen. Zum Antrag Ueli Stückelberger: Sven Baumann möchte einen ähnlichen Vorbehalt wie Edith Olibet äussern. Die Parteien haben sicher eine wichtige Funktion im Meinungsbildungsprozess, aber sie sind nicht die einzigen Funktionsträger. Insofern findet Sven Baumann: Absatz 1 legt den Grundsatz fest, und Absatz 2 stellt eine mögliche Folge von Absatz 1 dar.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* verweist darauf, dass es in Absatz 1 nicht nur um ein Informationsrecht derer geht, die Informationen suchen, dies wird durch das Informationsgesetz abgedeckt und mit dem Antrag Michael Burkard weiter geregelt werden. Hier geht es darum, dass der Gemeinderat und der Stadtrat aktiv werden mit Informationen nach aussen, dass man dafür sorgt, dass die vielfältigen Meinungen zur Geltung kommen, im Sinne einer politischen Meinungsbildung. Es geht also nicht nur um den Zugang zu Informationen für diejenigen, die Informationen suchen, sondern darum, dass den Behörden der Stadt Bern, und da gehört der Stadtrat dazu, der Auftrag erteilt wird, nach aussen zu informieren. Dabei sollte darauf geschaut werden, dass diese Information eine ausgewogene ist, dass die verschiedenen Meinungen zur Geltung kommen können. Der Gemeinderat lehnt aber die Aufnahme des gesamten Artikels, also aller drei Absätze, ab. Er ist der Meinung, dass dies ins Reglement der politischen Rechte gehört. Bei Absatz 3 müsste auch die Finanzierung geregelt werden. Klaus Baumgartner ist der Meinung, dass die GO nicht mit einem solchen Artikel belastet werden sollte, sondern dass dieser in das Reglement der politischen Rechte gehört. Deshalb wurde von Seiten des Gemeinderats auch diesbezüglich kein

Antrag gemacht. Auch der Gemeinderat ist also der Ansicht, dass die Informationspolitik irgendwo verankert werden sollte, aber eben nicht in der GO. Deshalb ist der Gemeinderat der Meinung, dass dieser Artikel hier nicht aufgenommen werden sollte.

Beschlüsse

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag Ueli Stückelberger, Zusammenfassung der Absätze 1 und 2, mit 34 : 32 Stimmen bei 1 Enthaltung ab.
2. Der Stadtrat stimmt der Aufnahme der Absätze 1 und 2 gemäss Antrag der Spezialkommission mit 38 : 26 Stimmen zu.

Absatz 3

Silvia Aepli (GFL) verweist darauf, dass der Gemeinderat den ganzen Artikel nicht in die GO aufnehmen will. Es ist aber bekannt, dass im Entwurf, den der Gemeinderat der Kommission zuerst vorgelegt hatte, auch ein Artikel mit 3 sehr ähnlichen Absätzen aufgeführt war. Die Kommission wollte daraufhin den Artikel so verankern. Der Entwurf, wie er jetzt vorliegt, wurde von der Projektleitung vorgelegt. Es war der Mehrheit der Kommission wichtig, dass die politische Meinungsbildung und die Arbeit, die dafür geleistet wird, mit einem solchen Artikel ein entsprechendes Gewicht bekommt. Zum Absatz 3: Silvia Aepli denkt, dass der Grund, wieso vom Gemeinderat jetzt kein Vorschlag mehr gemacht wird, darin liegt, dass von den bürgerlichen Parteien dieser Absatz 3 unter Parteienfinanzierung abgehandelt wurde. Wenn man diese Arbeit gewichten und schätzen will, so muss dies auch finanziell zum Ausdruck kommen. Wir wissen ja alle, dass von schönen Worten allein nicht gelebt wird. Hier arbeiten alle nach dem System der Freiwilligenarbeit, das nicht aufgehoben werden kann und auch nicht ersetzt mit so einer Massnahme. Aber eine gewisse Erleichterung ist doch möglich. Deshalb sollte dieser Absatz aufgenommen werden. Man sollte dazu stehen, dass der Stadtrat eine Arbeit leistet, die auch etwas wert ist und die finanziell unterstützt werden sollte. Es ist klar, dass die definitive Ausgestaltung dann ins Reglement der politischen Rechte gehört. Silvia Aepli ist sich bewusst, dass es sich hier um ein relativ heisses Thema handelt, mit dem man auch auf Opposition stossen kann. Es ist aber auch so, dass die Arbeit, die hier geleistet wird, einfach als selbstverständlich entgegengenommen wird, sie hat in der Bevölkerung ein schlechtes *image*. Die Mehrheit in der Kommission fand aber, dass es nicht der richtige Weg ist, wenn man hier einfach klein beigibt, wenn man Verzicht übt, und sich die Arbeit, die immer schwieriger und anspruchsvoller wird, selber aushöhlt. Deshalb findet die Kommission, es soll in der GO thematisiert werden, dass diese Arbeit auch etwas kosten kann, und dass die Parteien, die im Stadtrat vertreten sind, Beiträge erhalten sollen. Deshalb bittet sie, den Antrag zu unterstützen.

Beat Schori (SVP) erklärt, dass dieser Artikel in der Kommission mit 6 : 5 Stimmen angenommen wurde. Deshalb vertritt er hier eine grosse Minderheit. Für sie ist es ganz klar, dass eine Parteienfinanzierung abgelehnt werden muss. Deshalb bittet er, dem Antrag nicht zuzustimmen.

Edith Olibet (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion den Widerstand gegen den Absatz 3 nicht verstehen kann. Die SP finanziert sich über keineswegs kleine Mitgliederbeiträge und Mandatssteuern. Diese sind ihre einzigen Geldquellen. Viel Arbeit wird in der SP unbezahlt geleistet, und nur ein kleiner Teil wird bezahlt. Trotzdem steht die SP aufgrund der Finanzen vielfach vor schwierigen Problemen bei der Erfüllung ihres Auftrags. Der Beitrag der Parteien zur Meinungs- und Willensbildung ist nicht gratis, und zwar, so nimmt die SP an, nicht nur für sie. Deshalb ist die SP, die die mitgliederstärkste Partei der Stadt Bern ist, gelinde gesagt, erstaunt darüber, dass es hier Parteien gibt, die keine finanziellen Nöte kennen. Für die SP ist es klar, dass die Stadt mithelfen muss, die Parteien finanziell zu unterstützen. Eine solche Unterstützung diene nämlich auch der Unabhängigkeit der Parteien. Die Parteien übernehmen wichtige Aufgaben für das Funktionieren der Demokratie und darum sollten sie dafür auch entschädigt werden. Deshalb bittet Edith Olibet, dem Vorschlag der Spezialkommission zuzustimmen.

Hans Ulrich Gränicher (SVP) erklärt, dass, wenn die mitgliederstärkste Partei noch zusätzlich Geld aus der Stadtkasse holen will, die SVP dies versteht. Die kleineren Parteien sind auch nicht auf Rosen gebettet. Die Stadt aber eben auch nicht. Die bürgerlichen Parteien sind nach wie vor der Meinung, dass es keine Steuererhöhung geben sollte, auch nicht wegen einer Parteienfinanzierung.

Sven Baumann (LdU) sagt, dass sich der LdU den Ausführungen von Edith Olibet und von Silvia Aepli anschliessen möchte. Ein weiterer Aspekt spricht nach Meinung Sven Baumanns auch noch für die Aufnahme des Absatzes 3, nämlich der Aspekt der Transparenz und Ehrlichkeit. Wenn man mit

Absatz 2 jetzt den Grundsatz aufgenommen hat, dass man die politischen Parteien unterstützen will, so ist es nicht mehr als transparent und ehrlich, wenn jetzt in einem Absatz 3 dieser Grundsatz konkretisiert wird und wenn den Leuten gesagt wird, dass das Gemeinwesen die politischen Parteien auch finanziell unterstützen will.

Beschluss

Der Stadtrat beschliesst mit 41 : 24 Stimmen, den Absatz 3 gemäss Antrag der Spezialkommission aufzunehmen.

Absatz 4

Luzius Theiler (GPB) verweist darauf, dass sein Antrag zu Absatz 4 eigentlich eine Selbstverständlichkeit beinhaltet, nämlich dass alle Rechtsgrundlagen, die ja schliesslich verpflichtende Vorschriften enthalten, die jede Bewohnerin und jeden Bewohner betreffen könnten, allgemein zugänglich sein sollten. Ebenso sollte dies zum Beispiel bei den Protokollen des Stadtrats sein, und zwar nicht so, dass man zuerst auf der Stadtkanzlei danach suchen muss, sondern dass man sie dem Stand der technischen Möglichkeiten entsprechend abrufen kann. Es ist dies eigentlich eine Selbstverständlichkeit, nur bestand jetzt während Jahrzehnten die Situation, dass zum Beispiel die Rechtsgrundlagen der Stadt Bern überhaupt nicht richtig gesammelt wurden, dass man sie nicht einmal auf der Stadtkanzlei richtig einsehen konnte. So wurden zum Beispiel die Stadtratsprotokolle, um nicht zu sagen geheimgehalten, so doch derart gehandhabt, dass jemand, der sich nicht so gut auskennt im Politbetrieb, Mühe hatte, sich zurechtzufinden. Es gibt inzwischen neue technische Möglichkeiten, die jetzt konsequent genutzt werden müssten, damit die Unterlagen für die Bevölkerung einsehbar werden. Einige Schritte in diese Richtung wurden auch schon gemacht, so dass es dem Stadtrat nicht schwer fallen sollte, diesem Antrag zuzustimmen. Die Sammlung der Rechtsgrundlagen ist jetzt schon fast so weit, dass sie wenigstens geordnet ist. Es ist ein Vorstoss hängig von Peter Sigerist, dass die Stadtratsprotokolle im Anzeiger publiziert werden sollen. Dies sind alles Sachen in Richtung einer Realisierung des Antrages, für den Luzius Theiler sehr hofft, dass diesem zugestimmt wird. Es gab früher im Kanton Bern den Satz der Obrigkeit: "Wer informiert, kann nicht regieren." Diese Zeiten sollten endgültig vorbei sein.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* bittet, den Antrag abzulehnen. Luzius Theiler hat Recht, dass es eine Selbstverständlichkeit ist, dass heute die Einsicht in Unterlagen der Stadt nach dem Informationsgesetz ermöglicht wird. Nur das Gemeinderatsprotokoll ist nicht allgemein zugänglich. Was ihn stört, ist die Formulierung "unendgeltlich". Wenn jemand Einsicht verlangt, vielleicht zwei, drei Kopien machen will, dann ist dies in Ordnung. Wenn jemand aber dann unendgeltlich ganze Dokumente kopieren und verschicken lassen möchte, und dies immer wieder, auf Kosten der Stadt, gibt es von Seiten des Gemeinderats gewisse Bedenken. Es geht dabei nicht um die Zugänglichmachung der Information, dies ist für den Gemeinderat kein Problem. Aber das Wort "unendgeltlich" führt dem Gemeinderat ein wenig zu weit. Klaus Baumgartner glaubt, dass dadurch eine gewisse Schranke, die jetzt besteht, überschritten würde. Er ist mit Luzius Theiler einverstanden, dass es sich im vorliegenden Fall um eine Selbstverständlichkeit handelt, bittet aber den Rat, aufgrund des Wortes "unendgeltlich" dem Antrag nicht zuzustimmen.

Beschlüsse

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag Theiler mit 51 : 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.
 2. Der Stadtrat lehnt den Antrag SVP den ganzen Artikel zu streichen mit 38 : 26 Stimmen ab.
- Damit ist der Artikel 13a Absatz 1, 2 und 3, aufgenommen.

Artikel 14 Bildung

Antrag SP:

2 Sie führt öffentliche Kindergärten, Schulen **Tagesschulen** und weitere Einrichtungen zur Förderung eines vielfältigen Bildungsangebotes **für Kinder, Jugendliche und Erwachsene**.

Antrag GB/JA!:

2 Alle Kinder erhalten unabhängig des ausländerrechtlichen Status ihrer Eltern Zugang zu Schulen und weiteren von der Stadt geführten Bildungsangeboten.

(Absatz 2 wird zu 3, 3 zu 4)

Annemarie Sancar (GB) erklärt, dass die Bildung heute eines der wichtigsten Kapitale ist. Sie ist aber eine knappe Ressource, und deshalb ist der Zugang selektiv geregelt. Der zusätzliche Absatz würde es ermöglichen, dass die Chancengleichheit auch für ausländische Kinder gewährleistet ist, Kinder von Eltern, die nach Ausländerrecht ein Aufenthaltsrecht in der Gemeinde Bern haben. Er würde weiter ermöglichen, dass in der Bildungsbiographie ausländischer Kinder keine ungenügenden oder unvollständigen Abläufe mehr festzustellen wären; unvollständig aufgrund der Tatsache, dass die Eltern dieser Kinder eben aufgrund des Ausländerrechts hier sind.

Liselotte Lüscher (SP) erklärt, dass es in dem Antrag der SP zu Artikel 14, Absatz 2, um zwei Änderungen geht, die an und für sich nicht sehr viel miteinander zu tun haben. Der SP-Fraktion sind aber beide wichtig. Zuerst zum Antrag "Tagesschulen": Diese sind Schulen, die weder unter "weitere Einrichtungen" noch unter einfachen "Schulen" unterzubringen sind. Es sind eben Tagesschulen, und es steht der Stadt Bern gut an, dass sie diese Tagesschulen, die sie fast allen umliegenden Gemeinden voraus hat und die sie attraktiv machen für Familien mit schulpflichtigen Kindern, neben den Schulen in der GO erwähnt. Zum Antrag "... für Kinder, Jugendliche und Erwachsene." Die GO ist ja ein Basiswerk, Grundlage für das gezielte Handeln der politischen Behörden. Bei dieser zweiten Änderung des Absatzes 2 geht es darum, die drei Bevölkerungsgruppen Kinder, Jugendliche und Erwachsene ausdrücklich zu nennen, um die Stadt diesen Gruppen gegenüber stärker zu verpflichten. Der Ausdruck "Förderung eines vielfältigen Bildungsangebots" ist der SP zu vage. Die SP-Fraktion wird auch vorschlagen, den Artikel 16, der von der Freizeit handelt, mit den beiden Begriffen "Kinder" und "Jugendliche" zu erweitern, auch wieder, um die Stadt den beiden Gruppen gegenüber stärker in die Pflicht zu nehmen. Beide Artikel visieren ein paar wichtige Aktivitäten und Einrichtungen im Bildungsbereich und im Freizeitbereich der Stadt Bern an. Liselotte Lüscher möchte zum Beispiel die betreuten Spielplätze erwähnen, den Ferienpass, das Fiescher Lager, die Kinder- und Jugendtreffs, die Erwachsenenbildung usw. Dies dürfen in der GO ruhig ein wenig expliziter, zwar nicht aufgeführt, aber gemeint sein. Es handelt sich um Einrichtungen und Aktivitäten, die von gewissen Leuten gern als Luxus betitelt werden, weil die Auswirkungen nur indirekt oder gar nicht nachgewiesen werden können. Es sind sensible und angreifbare Bereiche, bei denen man leicht und verantwortungslos sparen könnte. Die explizite Erwähnung der Gruppen, an die sich die verschiedenen Aktivitäten richten, gäbe diesen mehr Sicherheit. Die SP-Fraktion bittet, die Abänderungsanträge zu unterstützen.

Markus Blatter (FDP) verweist darauf, dass genau vor zehn Wochen im Stadtrat das Schulreglement besprochen wurde, und dass damals auch die Tagesschulen ein Thema waren. Zu diesem Thema gab es unterschiedliche Ansichten. Damals war es absolut richtig, dieses Thema zu bearbeiten. Nach Ansicht der FDP gehören aber zusätzliche Bestimmungen wie Tagesschulen oder wie der zweite vorgeschlagene Zusatz nicht in eine GO. Es geht hier um grundsätzliche Bestimmungen. Zu den SP-Zusätzen können später über das Schulreglement entsprechende Detailregelungen getroffen werden. Ein weiterer Punkt ist der Antrag GB/JA!, der von der FDP ebenso abgelehnt wird. Diesem Anliegen wird in den verschiedensten Bestimmungen, so auch im Artikel 50 Buchstabe s, schon Rechnung getragen. Die FDP-Fraktion lehnt sowohl den 1. wie den 2. Antrag der SP ab und ebenso den Antrag GB/JA!.

Peter Stucki (EVP) erklärt, dass die EVP/LdU-Fraktion der Meinung ist, dass die Tagesschulen gemäss Antrag SP aufgenommen werden sollten, die explizite Erwähnung der Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen aber nicht. Es ist ja so, dass das Amt für Erwachsenenbildung vor allem koordiniert und nicht selber Bildungsarbeit anbietet. Die EVP/LdU-Fraktion ist der Meinung, dass dies auch weiterhin so bleiben soll.

Schuldirektorin *Claudia Omar*: Der Gemeinderat ist der Meinung, dass sein Entwurf die offenere Formulierung darstellt und damit nicht etwas aufgezählt wird, das dann doch nicht vollständig ist. So werden im Entwurf SP zwar die Tagesschulen erwähnt, andere Angebote, die sicher ebenso wichtig wären, werden aber nicht erwähnt. Mit der Formulierung des Gemeinderats werden offenere Türen angeboten. Die Tagesschulen gehören für den Gemeinderat sowohl zu den "Schulen" wie auch zu den "weiteren Einrichtungen". Claudia Omar kann diesbezüglich den Argumenten Liselotte Lüschers nicht folgen. Der Aufbau von Tagesschulen wird an verschiedenen Orten festgehalten. Als fester Bestandteil der Schulen, kommt es sicher niemandem in den Sinn, diese abzuschaffen, nur weil sie nicht namentlich genannt werden. Sie schlägt also vor, dass man bei der offeneren Formulierung bleibt. Zu den "Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen": Mit Artikel 29 wird, vom Gemeinderat unterstützt, beantragt, die Kinder und Jugendlichen in die GO aufzunehmen. Dies ist eine viel wichtigere Erwähnung als an dieser Stelle. Mit Artikel 29 kommt man den Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen weitgehend entgegen. Der Gemeinderat ist bereit, diesen Artikel 29 so

aufzunehmen. Zum Absatz 2 gemäss Antrag GB/JA!: Es handelt sich dabei um einen Nicht-Diskriminierungsartikel. Ein solcher gehört sicher nicht in diesen Bildungsartikel. Wenn schon müsste ein solches Anliegen ja auch noch in den Marginalien zum Ausdruck kommen. Was die GB/JA!-Fraktion formuliert wird, vom übergeordneten Recht schon abgedeckt. Dass eine solche Nicht-Diskriminierung in der Stadt Bern stattfindet, wird anhand der Praxis in den Schulen gezeigt. Dieser Artikel gehört nicht hier hin.

Beschlüsse

1. Der Stadtrat lehnt den Antrag GB/JA!, die Aufnahme des Absatzes 2, mit 29 : 11 Stimmen bei 25 Enthaltungen ab.
2. Der Stadtrat stimmt dem 1. Teil des Antrags der SP und Peter Stuckis, den Absatz 2 mit dem Wort "Tagesschulen" zu erweitern, mit 39 : 28 Stimmen bei 1 Enthaltung zu.
3. Der Stadtrat lehnt den 2. Teil des Antrags der SP, den Absatz 2 mit "für Kinder, Jugendliche und Erwachsene" zu erweitern, mit 35 : 31 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.
4. Absatz 3 wird nicht bestritten
5. Der Stadtrat stimmt dem so bereinigten Artikel 14 mit 40 : 27 Stimmen zu.

Artikel 15 Kultur

Antrag Spezialkommission:

- 1 Die Stadt fördert **und vermittelt** Kultur in ihrer Vielfalt, **insbesondere das zeitgenössische Kulturschaffen**.
- 2 Sie unterstützt Kulturschaffende, **kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen**. Ausnahmsweise führt sie Einrichtungen selber.

Antrag SVP:

- 1 Die Stadt fördert die Kultur in ihrer Vielfalt und das Kulturschaffen.**

Antrag CVP/ARP/FPS:

- 1 Die Stadt vermittelt die Kultur in ihrer Vielfalt und fördert das Kulturschaffen.**

Antrag SD:

- 1 Die Stadt fördert **und vermittelt** Kultur in ihrer Vielfalt. **Rest streichen.**

Antrag SVP

- 2 Sie unterstützt Einrichtungen wie Bibliotheken, Museen, Orchester und Theater.**

Antrag CVP/ARP/FPS:

- 2 Sie fördert Kulturschaffende, kulturelle Einrichtungen und Veranstaltungen. Ausnahmsweise führt sie Einrichtungen selber.**

Antrag SD:

- 2 Absatz streichen.**

Der Stadtratspräsident sieht vor, dass die Diskussion über den ganzen Artikel, also über Absatz 1 und 2 gleichzeitig, geführt wird. Die Bereinigung soll dann aber absatzweise vorgenommen, zuerst im Absatz 1 und dann im Absatz 2 die jeweiligen Gegenüberstellungen gemacht werden.

Leslie Lehmann (SP) ist sehr stolz auf die Stadt Bern, stolz darauf, dass die Stadt in ihre GO einen Kulturartikel aufnehmen will und dass dieser in der Kommission eine komfortable Mehrheit gefunden hat. Deshalb ist Leslie Lehmann erstaunt, dass es jetzt so viele Abänderungsvorschläge gibt. Die interfraktionelle Kulturgruppe hat diesen Artikel auch schon beraten und daraufhin die Kommissionspräsidentin in einem Brief wissen lassen, dass sie die Fassung der Spezialkommission einstimmig unterstützt. Zu Absatz 1: Die Spezialkommission schreibt in ihrer Formulierung nicht nur: "Die Stadt fördert Kultur", sondern auch: "Die Stadt vermittelt Kultur". Das Vergangene soll vermittelt und das Zeitgenössische gefördert werden. Die Spezialkommission hat im Zusammenhang mit dem zeitgenössischen Kulturschaffen auch das Wort "und" mit "insbesondere" ersetzt. Ihrer Meinung nach gehört das zeitgenössische Kulturschaffen auch zur Vielfalt der Kultur, weshalb das Wort "und" in der Fassung des Gemeinderats nicht viel Sinn machte. Beim Absatz 2 ist die Spezialkommission der

Meinung, dass eine Aufzählung nicht sehr viel bringt, da eine solche ja nie vollständig sein kann. Vor allem wollte die Kommission nicht nur Einrichtungen und Institutionen aufgeführt haben, sondern auch noch explizit Veranstaltungen erwähnen. Die Stadt kann also auch Veranstaltungen unterstützen, die nicht direkt von einer bestehenden Institution durchgeführt werden. Leslie Lehmann möchte den Rat bitten, diesen Kulturartikel, an dem ihr persönlich gelegen ist, da ihr erster Vorstoss vor 6 Jahren einen solchen forderte, anzunehmen.

Rolf Häberli (SVP) erklärt, dass die SVP die Kultur und die Kulturschaffenden allgemein und umfassend fördern möchte, ohne dass ein gewisses Segment hervorgehoben wird. Sie ist also für die Gleichberechtigung aller Kulturschaffenden und aller Institutionen. Die SVP möchte im Gegensatz zur SP im Absatz 2 die Einrichtungen namentlich auflisten, damit man genau weiss, was gemacht wird, damit es nicht ausufert, da dies finanziell nicht verantwortet werden könnte.

Kurt Rügsegger (FPS) erklärt, dass der Antrag der CVP/ARP/FPS-Fraktion in Absatz 1 den Grundsatz regelt, in Absatz 2, was genau gefördert werden soll. Es ist primär die Aufgabe der Stadt, zuerst zu vermitteln und nachher zu fördern. Hier unternimmt die Stadt schon sehr viel.

Bernhard Hess (SD) begründet die Kürze des SD-Antrags damit, dass die Schweizer Demokraten nicht irgendeine Gruppe hervorheben möchten, wie es die Fassung der Spezialkommission macht mit ihrer Formulierung: "insbesondere das zeitgenössische Kulturschaffen." Absatz 2 möchten die Schweizer Demokraten gänzlich streichen, da sie finden, dass es keine genauere Definition braucht. Zudem ist der Absatz 2, wie er von der Kommission formuliert wird, sehr "gummig".

Liselotte Lüscher (SP) erklärt, dass die SP-Fraktion den Antrag der Spezialkommission unterstützt und mit den Ausführungen der Sprecherin der Kommission einig ist. Sie lehnt die anderen Abänderungsanträge ab. Zum neu eingeführten Begriff des Vermittelns von Kultur: Es nützt nichts, wenn die Kultur gefördert wird vom Gemeinwesen, wenn sie stattfinden kann, aber ohne dass die Bevölkerung hinget und sich die Kultur anschaut. Kultur muss fast immer vermittelt werden. Nicht für alle ist der Zugang gleich einfach und selbstverständlich, nicht immer ist die Kultur selber einfach und selbstverständlich. Deshalb ist es auch wichtig, dass das Kulturschaffen vermittelt und gefördert wird. Das pädagogische Element gehört auch historisch zur Kultur. Dies zum Absatz 1. Die SP-Fraktion unterstützt die Streichung des traditionellen Kulturortkatalogs und das Aufnehmen des Begriffs "Veranstaltung" im Absatz 2 ebenfalls. Kultur oder Kunst von hoher Qualität kann auch einmal ausserhalb der traditionellen Kulturtempel stattfinden. Wobei die SP-Fraktion nichts gegen diese Tempel hat, im Gegenteil. Die traditionellen Kulturorte namentlich zu erwähnen schränkt zu stark ein und schränkt damit aus. Wer weiss, wo in Zukunft in der Stadt Bern Kultur entsteht? Vielleicht auch ausserhalb von Museen und renommierten Theater und Bibliotheken. Dies soll möglich bleiben wenigstens als bescheidene Hoffnung.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner*: Es geht hier um das Wort "vermitteln". Warum hat der Gemeinderat dieses Wort nicht aufgenommen und möchte es auch nicht aufnehmen? Weil der Gemeinderat mit "vermitteln" eigentlich auch eine Auswahl treffen, also das Gute fördern soll. Damit läuft der Gemeinderat die Gefahr, eine Art "Staatskunst" zu betreiben. Dies möchte er nicht. Es gibt Ausnahmen wie das Alte Schlachthaus, das von der Stadt selber geführt wird. Klaus Baumgartner ist mir Liselotte Lüscher einverstanden: Man muss - wie man in der Wirtschaft sagen würde - Rahmenbedingungen fördern, Räume zur Verfügung stellen, damit Kulturschaffende, die nach Bern ziehen, an einem Ort unterkommen. Dies ist die Förderung. Man kann zwar das Alte Schlachthaus zur Verfügung stellen, aber die Leute dorthin zu bringen, dies kann von der Öffentlichkeit nicht verlangt werden. Im kulturpolitischen Konzept steht der Grundsatz, dass die Künstler und Künstlerinnen möglichst frei arbeiten sollen. Es wird diesen vielleicht auch einmal Raum zur Verfügung gestellt, wenn sie drei Jahre lang nichts hervorbringen, was die Leute direkt interessiert. Aber dann kommt vielleicht ein Durchbruch. Diese Chance muss also gewährt werden. Speziell erwähnt wird in der Fassung des Gemeinderats die zeitgenössische Kultur, da die etablierte Kultur schon ihren festen Platz gefunden hat und nach dem Gesichtspunkt, was ankommt oder nicht, selektioniert. Das Neue, das Innovative kommt vor allem aus dem zeitgenössischen Schaffen. Dieses ist für die Förderung auch mit Risiken behaftet, da der Ertrag häufig nicht so gross ist, wie bei der Förderung etablierter Kultur. Damit diese neue Kultur trotzdem gefördert werden kann, wurde sie in der Fassung speziell erwähnt. Zum Absatz 2: Der Gemeinderat wollte damit erläutern, was kulturelle Einrichtungen sind. Es ist keine abschliessende Aufzählung, sondern eine Erläuterung. Deshalb sollte die Differenz zwischen der Version des Gemeinderats und derjenigen der Kommission nicht als zu gross einschätzen. Es ist bloss eine andere Art der Darstellung. Bezüglich Absatz 1 bittet Klaus Baumgartner, dem Gemeinderat zu folgen, damit das Innovative betont wird, damit gezeigt

wird, dass die Stadt Bern an vorderster Front mitmacht. Er bittet auch, die anderen Vorschläge abzulehnen, da sie in verschiedener Hinsicht zu kurz greifen. Die Kultur verdient es, im vorgeschlagenen Umfang erwähnt und festgelegt zu werden, wie dies vom Gemeinderat im Artikel 15 vorgeschlagen wird.

Leslie Lehmann (SP) möchte noch etwas zum Wort "vermitteln" sagen. Der Stadtpräsident hat dieses Wort in einem sehr engen und sehr didaktischen Sinn verstanden. Die SP-Fraktion sieht "vermitteln" in einem viel weiteren Zusammenhang. Wenn beispielsweise die Stadt dem Symphonie-Orchester Beiträge zahlt, und dieses eine Beethoven-Symphonie aufführt, dann vermittelt das Orchester in Noten geschriebene Kultur einem Publikum. Wenn die Stadt sich beim Klee-Museum engagiert, dann macht die Stadt einen grossen und wunderbaren Schritt, um die Werke Klees einer Öffentlichkeit zu vermitteln. Wenn die Stadt für irgendein Buch, das im Zusammenhang mit der Stadt Bern verlegt wird, Beiträge an die Druckkosten zahlt, dann vermittelt sie damit Literatur. *Leslie Lehmann* bittet also, dass das Wort "vermitteln" in den Text aufgenommen, dass dem Vorschlag der Kommission zugestimmt wird.

Barbara Geiser (SP) möchte den Rat bitten, die Kommissionsversion gut zu heissen. Es ist klar, dass in einer zweiten Lesung über den Begriff "vermitteln" noch einmal geredet werden muss. Beim Begriff "vermitteln" wurde übrigens auch an den museumspädagogischen Dienst gedacht, an die Schulen, die die Aufgabe haben, Hemmschwellen abzubauen, damit auch Kinder und Jugendliche, die nicht so einen direkten Zugang zu kulturellen Institutionen haben, diesen erhalten. Dass man dabei an eine staatliche Doktrin bezüglich Kultur denken könnte, das kam niemandem in der Kommission in den Sinn. Man sollte den Begriff sehr offen fassen. Er wurde übrigens von *Barbara Geiser* vorgeschlagen. Er ist juristisch geprüft worden vom Bundesamt für Kultur, er ist also nicht so abwägend. Es ist eine Formulierung, die auch kompatibel wäre mit Entwürfen, die jetzt für die Bundesverfassung vorliegen. *Barbara Geiser* bittet also, dem Vorschlag zuzustimmen.

Stadtpräsident *Klaus Baumgartner* hasst zwar Auseinandersetzungen über Begriffsdefinitionen, da sie letztlich nichts voran bringen. Was jetzt ergänzt wurde durch *Leslie Lehmann* und *Barbara Geiser* bedeutet eben genau "fördern". Wenn dem Symphonie-Orchester Geld gegeben wird, dann kann dieses auftreten und seine Kultur den Leuten vermitteln. Die Stadt ermöglicht dies bloss. Dies ist also der Förderungsaspekt, der zweifellos auch im Ausdruck "vermitteln" enthalten ist. Wenn man vorher von *Kurt Rüegsegger* hörte, wie er "vermitteln" interpretiert, und dies mit den Ausführungen von *Liselotte Lüscher* vergleicht, dann wird der Begriff unklar. "Fördern" ist klarer, und wenn man darunter das gleiche versteht, wie *Leslie Lehmann*, *Barbara Geiser* und auch er selber darunter verstehen, dann sind diese Begriffe synonym. Weil das Wort "vermitteln" eher die Tendenz aufweist, falsch verstanden zu werden, war der Gemeinderat der Ansicht, besser von "fördern" zu reden. Deshalb hält er an seinem Antrag fest.

Beschlüsse

1. Der Antrag der CVP/ARP/FPS zu Absatz 1 obsiegt dem Antrag der SVP mit 34 : 24 Stimmen bei 6 Enthaltungen.
2. Der Antrag der CVP/ARP/FPS zu Absatz 1 obsiegt dem Antrag der SD mit 51 : 9 Stimmen bei 4 Enthaltungen.
3. Der Antrag der Spezialkommission zu Absatz 1 obsiegt dem Antrag der CVP/ARP/FPS mit 48 : 15 Stimmen bei 1 Enthaltung.
4. Der Antrag der Spezialkommission obsiegt mit 38 : 23 bei 2 Enthaltungen dem Vorschlag des Gemeinderats.
5. Der Antrag der CVP/ARP/FPS zu Absatz 2 obsiegt dem Antrag SVP mit 43 : 11 Stimmen bei 6 Enthaltungen.
6. Der Antrag der Spezialkommission zu Absatz 2 obsiegt dem Antrag der CVP/ARP/FPS mit 45 : 19 bei 1 Enthaltung.
7. Der Antrag der Spezialkommission obsiegt mit 52 : 13 Stimmen dem Vorschlag des Gemeinderats.
8. Der Stadtrat lehnt den Antrag zu Absatz 2 der SD, ganzen Artikel streichen, mit 56 : 7 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Damit ist der Artikel 15 gemäss Antrag der Spezialkommission angenommen worden.

Artikel 16 Erholung, Sport

Antrag Spezialkommission:

1 Die Stadt fördert Freizeittätigkeiten und den **Breitensport**.

Antrag SP:

Marginalie: Erholung, Sport, **Freizeit**

1 Die Stadt fördert Freizeittätigkeiten, **insbesondere für Kinder und Jugendliche**, und den **Breitensport**.

Antrag SD:

Die Stadt fördert Freizeittätigkeiten und den Sport, **insbesondere den Breitensport**.

Barbara Geiser (SP) erklärt, dass sich die Spezialkommission mit 6 : 5 Stimmen für den "Breitensport" in Absatz 1 entschieden hat. In Absatz 2 würde das Wort "Sport" stehen bleiben. Dazu muss nicht viel gesagt werden, "Breitensport" ist ein gängiger Begriff. Dabei wurde an die Bevölkerung Berns gedacht, für die soll primär gesorgt werden. Es ist nicht die Aufgabe der Stadt, Spitzensport zu fördern. Dies ist aber kein Votum gegen den Spitzensport, was mit der Beibehaltung des Absatzes 2 deutlich gemacht wird. Es ist klar, dass die Stadt das Stadion-Wankdorf ausbauen kann, wie dies ja hier auch sehr klar beschlossen wurde, dass sie eine Eishalle ausbauen kann usw. Es ist nicht so, wie die Schuldirektorin vorhin besorgt meinte, dass man an Anlässen des Spitzensports nicht einmal mehr ein Apéro offerieren können wird. Dies ist sicher nicht das Problem.

Beat Schori (SVP) verweist darauf, dass die Kommission ihren Vorschlag mit Stichentscheid und nicht einfach mit 6 : 5 Stimmen, wie dies vorhin gesagt wurde, fällte. Das heisst, das Wort "Sport" wurde durch "Breitensport" ersetzt. Beat Schori vertritt die grosse Minderheit in der Kommission und empfiehlt, den unveränderten Text des Gemeinderats zur Annahme. Er hat sich überlegt, wie man den Begriff "Breitensport" definieren könnte. Selber kam er auf keine befriedigende Beschreibung. Im neuen Brockhaus aber steht: "Breitensport, Freizeitsport, freiwillige, körperliche Ertüchtigung und Freizeitgestaltung ohne Wettkampfcharakter. Besondere Volkssportveranstaltungen, Trimmaktionen." Er bittet sich zu Überlegen, welche Anlässe unter diesem Titel noch gefördert werden könnten. "Jugend und Sport" dürfte die Stadt nicht mehr fördern, weil dort der Wettkampf fast immer im Vordergrund steht. Der Berner Zweitagemarsch hat ebenfalls Wettkampfcharakter, weil dort die Zeit gestoppt wird und es am Schluss noch eine Plakete gibt. Der Frauenlauf, der Berner Grand Prix, die Tour-de-Suisse und viele andere Anlässe haben ebenfalls Wettkampfcharakter. Man sieht, es gäbe, sofern der Stadtrat dem Minderheitsantrag nicht folgen wird, keine oder fast keine Möglichkeiten mehr, den Sport zu fördern. Ein Gebiet bliebe noch übrig, die Fitness-Center, falls diese nicht dem Ausgleich zu einer anderen Sportart dienen. Am Schluss noch der Vergleich zwischen Kultur und Sport: Wenn man die beiden schönen Sachen gleichstellen möchte, hätte man grosse Mühe, dem Breitensport analog eine Breitenkultur zu definieren. Eine Gleichbehandlung dieser beiden Freizeitbeschäftigungen wäre mit einer Änderung, wie sie vorgeschlagen wurde, nicht mehr möglich. Weiter gibt Beat Schori zu Bedenken, dass der Sport, also der Wettkampf, einen sehr guten Einfluss auf die Jugend haben kann. Ob die Kultur überall einen gleich guten Einfluss hat, wagt Beat Schori zu bezweifeln. Aufgrund dieser Überlegungen bittet er den Stadtrat, dem Gemeinderatsentwurf zuzustimmen. Er bittet auch im Namen der Sportler und der Jugend darum.

Kurt Mäusli (SP) wendet sich gegen die Definition von "Jugend und Sport", wie sie von Beat Schori vorgebracht wurde. Und auch was den Begriff "Breitensport" betrifft, stimmt er mit seinem Vorredner nicht überein. Er muss dabei nicht zum Brockhaus greifen, es ist ganz klar, was unter Breitensport verstanden wird. Die SP-Fraktion hat sich sehr ernsthaft mit dem Anliegen auseinandergesetzt, weil sie findet, dass die Gestaltung der Freizeit, die Erholung und die sportliche Tätigkeit einen wichtigen Stellenwert haben müssen in der GO. Alle, die mit der Jugend zu tun haben, wissen, wie sinnvoll eine solche sportliche Tätigkeit für die Jugend ist. Kurt Mäusli war 30 Jahre lang Lagerleiter von Jugendskilagern und Jugendlagern und konnte die Auswirkungen des Sports auf die Jugendlichen sehen. Er ist der SP-Fraktion dankbar, dass sie eine Formulierung gefunden hat, die er hundertprozentig unterstützen kann. Die SP-Fraktion möchte vor allem mit den Begriffen "Kinder" und "Jugendliche" die Stadt vermehrt in die Pflicht zu nehmen, sich für diese Gruppierungen einzusetzen. Dies ist wichtig, dass man ansetzt bei den Kindern, bei ihrer Freizeitgestaltung, bei der

Erholung und beim Sport. Er möchte also bitten, dem SP-Antrag zuzustimmen, weil er ein sinnvoller Antrag ist. Dies haben auch bekannte Sportler und J+S-Leiter bestätigt.

Luzius Theiler (GPB) glaubt, dass Beat Schori das Wesentliche nicht angesprochen hat. Man konnte ja kürzlich in einem Interview mit dem Präsidenten des SCB vernehmen, um was es genau geht. Er meinte nämlich, wenn einmal dieser Artikel in der GO feststeht, könne die Stadt dann den SCB unterstützen. Leider gibt es jetzt schon wieder einen Antrag betreffend Breitensport, der dies verunmöglichen würde. Es geht doch nicht darum, ob die Zeit gemessen wird und es sich also um einen Wettkampf handelt. Es geht im Klartext darum, ob Grossorganisationen, die rein kommerziell sind, die Millionen umsetzen und die Gehälter in mehrfacher Höhe eines Gemeinderatsgehalts auszahlen, noch städtische Subventionen oder sonstige Vergünstigungen beanspruchen können oder nicht. Hierfür sollen die rechtlichen Grundlagen geschaffen werden, indem ganz allgemein von Sport geredet wird, damit sportliche Kommerzunternehmen, die in Wirklichkeit eher Show-Business-Unternehmen sind, auch an die Stadtkasse gelangen können. Luzius Theiler ist dagegen. Er findet dies ungerechtfertigt gegenüber den Kulturschaffenden, die nie über grosse Gehälter verfügen können. Ein Spitzenbeamter hat dies kürzlich sehr richtig gesagt: Es hat auch niemand den Anspruch, dass die Stadt garantiert, dass Pavarotti im Stadttheater auftreten kann. Dies war ein sehr treffender Vergleich. Dies Stadt soll nun, mit der Begründung, Bern müsse doch auch irgendwie eine internationale Bedeutung in der Welt haben, garantieren, dass höchst bezahlte Spitzenspieler mit Unterstützung durch städtische Gelder auftreten können. Luzius Theiler möchte bitten, dass man bei der Formulierung "Breitensport" bleibt. Noch eine Frage: Was versteht man unter der Formulierung "Die Stadt fördert Freizeittätigkeiten"? Beim Breitensport ist noch klar, was die Stadt zu fördern hat, aber bei sonstigen Freizeittätigkeiten ist dies überhaupt nicht mehr klar.

Lilo Lauterburg (GFL) ist auch der Meinung des Gemeinderats, und zwar, dass man den Sport als ganzen Begriff in die GO aufnehmen sollte. Der Kulturartikel wurde ja jetzt ausgebaut, und wenn man nun den Sport auf den Begriff Breitensport reduzieren möchte, so ist dies nicht nur falsch, sondern auch unzumutbar. Dadurch wird ein falscher Eindruck erweckt. Sport und Breitensport ist überhaupt nicht eindeutig zu trennen. Es ist nämlich nicht möglich bei der Sportförderung eine Abgrenzung zu machen zwischen Spitzensport und Breitensport. Der Breitensport bringt eben auch Spitzensport hervor, und Breitensport bringt Breitensport hervor. Indem man die Spitze nicht will, macht man das Falsche. Es ist mühsam, wenn hier eine solche Wortklauberei um Begriffe gemacht wird. Es gibt noch eine Menge anderer Möglichkeiten von Sport, zum Beispiel Freizeitsport, Hobbysport, Gesundheitssport, Wettkampf- und Leistungssport, es gibt auch sogenannte Trendsportarten, die vor allem bei den Jungen beliebt sind. Diese werden aber nie zu Breitensportarten. Es bleiben immer kleine Gruppen, die diese Sportarten betreiben. Es gibt auch Randsportarten. Wenn man nur noch Breitensport fördern will, ist dies eine sehr eingeschränkte Förderung. Man kann dann vielleicht noch Fussball oder Laufen, vielleicht im Winter Skifahren unterstützen, aber für viel anderes reicht es dann nicht mehr. Dies ist falsch, man kann doch nicht einen so unklaren Begriff vorschlagen. Ansonsten müsste noch eine Erklärung dazu abgegeben werden, was unter Breitensport wirklich gemeint ist. Dazu kommt, dass bei dem, was die Sportvereine machen, es sich nicht einfach um Kommerz handelt. Es geht ja nicht um den SCB oder um YB. Wenn sie sieht, wie viele Leute in den Sportvereinen mitarbeiten, wieviel Integrationsmöglichkeiten in Sportvereinen bestehen, wieviele positive Einflüsse auf Ausländer/-innen möglich sind, findet sie es kleinlich, wie hier versucht wird, dem Sport ans Schienbein zu treten. Auch das Fiescher Lager im Herbst, von dem es oft heisst, es sei ein Sportlager, ist ein Beispiel, das gegen den Begriff Breitensport spricht: Die Kinder können zum Beispiel Sportarten wie Pfeilbogenschiessen lernen, das klar keine Breitensportart ist. Will man dort auch einschränken? Es geht doch nicht auf mit dieser Formulierung. Man sollte bei diesem Artikel verbleiben, so wie ihn der Gemeinderat vorschlägt und das Wort "Sport" stehen lassen. Es ist ja selbstverständlich, dass unter diesem Wort nicht irgendeine Förderung von Sport, der es gar nicht nötig hat, gemeint ist. Lilo Lauterburg bittet, sich sehr gut zu überlegen, was in die GO aufgenommen werden soll. Sie findet, Breitensport ist nur eine Sparte, auf die man sich nicht beschränken sollte.

Bernhard Hess (SD) verweist darauf, dass Lilo Lauterburg eigentlich alles, was er sagen wollte, schon gut und treffend formuliert vorweggenommen hat. Die Schweizer Demokraten haben sich noch überlegt, dass man auch formulieren könnte: "Die Stadt fördert Freizeittätigkeiten und den Sport, insbesondere den Breitensport." Mit dieser Formulierung wären beide Anliegen abgedeckt. Beim Antrag der SP steht die Einschränkung: "insbesondere für Kinder und Jugendliche". Dies ist nach Meinung der SD eine falsche Einschränkung, da Bevölkerungsgruppen bevorzugt werden. Was ist denn zum Beispiel mit den Rentner/-innen oder mit der normal arbeitenden Bevölkerung. Es ist

schlecht, wenn man anfängt, hier Einschränkungen zu machen. Deshalb lehnen die Schweizer Demokraten auf jeden Fall den SP-Antrag ab.

Michael Burkard (JF) möchte noch Bezug nehmen auf einen wichtigen Punkt, den Luzius Theiler angesprochen hat. Die FIKO wurde darauf auch schon aufmerksam, dass mit einem Gebührenerlass nicht immer alles erreicht wird, was erreicht werden sollte. Hier wäre vielleicht ein Gespräch mit der FIKO nicht schlecht. Zum Sport und zum Spitzensport: Man hat häufig nicht mehr den Mut, klar zu einer Elite zu stehen, zu sagen, man will und braucht eine Elite. Die FDP hat im Bildungsbereich immer eine solche Position vertreten und vertritt sie auch beim Sport. Dies muss auch Platz haben. Eine Pyramide braucht eine grosse Basis, deshalb ist der Jugend- und Schulsport als Breitensport wichtig. Genauso wichtig ist es aber auch, dass es eine Elite gibt, die Vorbild ist für den Breitensport, die etwas anderes vermittelt als die im Fernseher oder die, die auf dem Pausenplatz herum hängen. Die Elite gibt der Jugend die Motivation, sich selber anzustrengen, sich mit sich selber zu beschäftigen und in einem guten Umfeld Sport zu betreiben.

Sven Baumann (LdU) erklärt, dass er es war, der diesen Antrag in der Kommission gestellt hat. Er ist aber überhaupt nicht sportfeindlich und kann sich auch das Recht nehmen, im Namen von Sportler/-innen und im Namen der Jugend zu reden. Viele Gründe, die für die Änderung sprechen, wurden bereits gesagt, man muss diese nicht mehr wiederholen. Ein Grund kommt noch hinzu, wenn man den Vortrag des Gemeinderats liest. Er schreibt nämlich selber, dass er mit seiner vorgeschlagenen Formulierung sagen möchte, dass er in der Stadt Bern primär den Breitensport unterstützen will. Wenn er dies meint, kann er dies doch gleich so sagen. Dann wäre es viel präziser. Den SP-Antrag kann Sven Baumann nicht unterstützen, da es seiner Meinung nach nicht sinnvoll ist, dass in der GO schon eine Gewichtung vorgenommen wird, inwiefern man den Breitensport und die Freizeittätigkeiten unterstützen will. Dies sollte man bei konkreten Vorlagen vornehmen.

Kurt Mäusli (SP) ist es auch klar, dass eine Definition von Breitensport schwierig ist. Es gibt sehr sinnvolle Tätigkeiten, die die Stadt unterstützt, den Ferienpass, das Fiescher Lager, Spielplätze, Jugendtreffs usw. Das Anliegen der SP ist es, dass sich die Stadt insbesondere für die Kinder und die Jugendlichen einsetzt. Wenn diese älter werden, haben sie das Angebot von "Jugend und Sport", das subventioniert wird. Es ist vielleicht schwer zu definieren, was Breitensport bedeuten soll. Für Kurt Mäusli heisst Breitensport einfach, dass man ohne grosse Aufwendungen Sport machen kann, also Sportarten wie Wandern, Schwimmen, Korbball usw. Es ist klar, dass aus dem Breitensport Spitzensport entstehen kann. Zurbriggen war auch einmal in einem Jugendskilager und selbst Bundesrat Ogi. Hier geht es um die Aufgaben der Stadt Bern, und diese betreffen doch in erster Linie die Kinder. Deshalb ist der SP-Antrag sinnvoll. Kurt Mäusli ist auch Anhänger des SCB und des YB, aber es kann doch nicht der Stadt ihre Aufgabe sein, die kommerziellen Sportvereine zu finanzieren. Er bittet, dem Antrag zuzustimmen.

Hans Ulrich Gränicher (SVP) verweist darauf, dass, wenn der Antrag, die Kinder und Jugendlichen zu bevorzugen, von bürgerlicher Seite gekommen wäre, Kurt Mäusli sicher gemahnt hätte, die Senioren nicht zu vergessen. Deshalb ist die gemeinderätliche Fassung die bessere.

Lilo Lauterburg (GFL) erklärt, dass die Stadt grosse Anstrengungen unternommen hat, Sportprogramme für Rentner/-innen aufzustellen, sie hiessen "50+". Kurt Mäusli vergisst seine Klientel total, denn gerade dort ist es doch nötig, ein wenig zu motivieren. Kinder und Jugendliche haben in der Regel einen ganz natürlichen Bewegungsdrang und leben den auch aus, wenn man ihnen kein Sportangebot macht. Aber bei den Erwachsenen und bei den älteren Leuten bringt es manchmal sehr viele Verbesserungen im persönlichen Wohlbefinden, es bringt auch eine Art soziales Netz, wenn sich die Leute in irgendeinem Grüppchen betätigen können. Es sind doch nicht einfach nur die Jungen, die gefördert werden müssen.

Der Stadtratspräsident erklärt, dass der Antrag der SD inzwischen schriftlich vorliegt: "Die Stadt fördert Freizeittätigkeiten und den Sport, insbesondere den Breitensport."

Schuldirektorin *Claudia Omar* erklärt, dass der Gemeinderat den Stadtrat bittet, bei der gemeinderätlichen Form zu bleiben. Es ist gar nicht so einfach den Breitensport zu definieren, jeder versteht darunter, was er gerade verstehen will. Eine Abgrenzung ist also nicht möglich. Der Gemeinderat möchte aber nicht ausschliesslich, so wie es die Fassung der Spezialkommission vorschlägt, den Breitensport fördern, sondern es gibt eben auch noch den anderen Sport, der aus dem Breitensport hinaus wächst, der in irgendeiner Form auch unterstützt wird. Dies ist übrigens auch etwas, das in der Bevölkerung über einen sehr grossen Rückhalt verfügt. Was Claudia Omar

bisher am besten gefallen hat, ist der Antrag von Bernhard Hess. Wenn der Antrag des Gemeinderats abgelehnt werden sollte, dann möchte sie bitten, dass man sich für die zweite Lesung überlegt, ob man es nicht so formulieren möchte, wie Bernhard Hess es vorschlägt. Dies ist ja auch das, was der Gemeinderat eigentlich gemeint und deshalb in seinen Ausführungen keine Einschränkungen gemacht hat. Es ist ganz klar, dass die öffentliche Hand primär den Breitensport unterstützen muss. Der Gemeinderat bittet aber, seine offene Formulierung zu unterstützen.

Beschlüsse

1. Der Antrag der SD obsiegt dem Antrag der SP mit 39 : 24 Stimmen bei 2 Enthaltungen.
 2. Der Antrag der SD obsiegt dem Antrag der Spezialkommission mit 41 : 21 Stimmen bei 1 Enthaltung.
 3. Der Antrag der SD obsiegt dem Antrag des Gemeinderats mit 40 : 23 Stimmen.
- Der Absatz 2 wurde nicht bestritten, somit ist Artikel 16 angenommen.

Eingang

Es wird eingereicht und dem Gemeinderat überwiesen, eine Dringliche Interpellation, nämlich:

Dringliche Interpellation FDP-Fraktion (Annemarie Lehmann): Drogenproblem: Der Stadtrat drückt sich vor der Verantwortung

Das Drogenproblem wird von der Bevölkerung seit geraumer Zeit als Problem Nr. 1 in der Stadt Bern angesehen. Gemeinderat und Stadtrat sind sich zwar grundsätzlich einig, dass die heutige Situation sowohl für die Bevölkerung als auch für die Drogenabhängigen untragbar geworden ist und dringend Lösungen gefunden werden müssen. Der RGM-dominierte Stadtrat hat jedoch letzten Donnerstag die vom Gemeinderat beabsichtigte, befristete Sofortmassnahme mit dem stationären Rückführungszentrum abgelehnt und die Prüfung anderer Massnahmen verlangt, welche, sofern sich der Stadtrat im nächsten Jahr überhaupt zu einem Zugeständnis an die Vorschläge des Gemeinderats durchringen kann, nur mittel- oder längerfristig Wirkungen zeigen werden. Mit seiner Unentschlossenheit hat der Stadtrat erreicht, dass in den nächsten Monaten weder für die Süchtigen noch die Stadtbevölkerung auch nur irgend etwas getan wird.

Die FDP-Fraktion verlangt deshalb die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Was will der Gemeinderat als Sofortmassnahme zur Verminderung des Drogenproblems in der Stadt nun tun?
2. Wann werden welche Massnahmen durch wen ausgeführt?

Begründung der Dringlichkeit: Die für alle Beteiligten untragbare Situation.

Bern, 23. Oktober 1997

FDP-Fraktion (Annemarie Lehmann), Adrian Haas, Stephan Hügli, Michael Burkard, Katharina Suter, Christoph Müller, Ernst Aebersold, Christoph Stalder, Heinz Rub, Kurt W. Weyermann, Hans Ulrich Suter, Hans Ulrich Gränicher, Erika Siegenthaler, Rudolph Schweizer, Thomas Fuchs, Beat Schori, Peter Linder, Rolf Häberli

Die Dringlichkeit wird vom Büro des Stadtrats bejaht.

Schluss der Sitzung: 17.30 Uhr.

Namens des Stadtrats:

Der Vorsitzende: *Martin Frick*

Der Protokollführer: *Daniel Hostettler*